

DER REGIONALRAT DÜSSELDORF

Nr. / Sitzung	StA	57.VA	PA	RR
Datum		15.09.2016		
N I E D E R S C H R I F T				
Düsseldorf, den 14. November 2016				

Ort der Sitzung: Bezirksregierung Düsseldorf, Raum 500

Beginn der Sitzung: 10.00 Uhr

Ende der Sitzung: 10.40 Uhr

Teilnehmer: siehe beigefügte Anwesenheitslisten

Tagesordnung

1. **Formalien**

2. **Genehmigung der Niederschriften über die Sondersitzung des Verkehrsausschusses am 14.04.2016 und die 56. Sitzung des Verkehrsausschusses am 09.03.2016**

3. **Sachstandsbericht zu den Landesstraßenbauprogrammen 2015**
 - **Bericht über die Maßnahmen des Landesstraßenausbauplans (UA III)**
 - **Bericht über die Programme „Um- und Ausbau von Landesstraßen < 3,0 Mio. € Gesamtkosten je Maßnahme (UA IIa)“ und**
 - **„Radwegebau an bestehenden Landesstraßen (UA IIR)“**hier: Berichterstattung

4. **Transparenz in den Prioritätenübersichten der Landesstraßenbauprogramme UAIHa und UAIHr**

5. **Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplans (BVWP 2030)**
hier: Informationen über den zweiten Entwurf des BVWP 2030

6. **Information der Verwaltung**

7. **Verschiedenes**

TOP 1 Formalien

Der Vorsitzende des Verkehrsausschusses, Herr Hans-Hugo Papen (CDU), begrüßt alle Anwesenden, insbesondere Frau Bretschneider, Herrn Kolitz und Herrn Jansen vom Landesbetrieb Straßenbau NRW.

Herr Papen weist auf die vorliegende Anfrage der FDP/FW-Fraktion vom 07.09.2016 zum ÖPNV-Bedarfsplan hin, die den Fraktionsgeschäftsführern auch vorab per E-Mail zugeleitet worden ist.

Er stellt die ordnungsgemäße Ladung fest und bittet um Genehmigung der Tagesordnung.

Der Verkehrsausschuss genehmigt die Tagesordnung einstimmig.

TOP 2 Genehmigung der Niederschriften über die Sondersitzung des Verkehrsausschusses am 14.04.2016 und die 56. Sitzung des Verkehrsausschusses am 09.03.2016

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Verkehrsausschuss genehmigt die Niederschrift einstimmig.

TOP 3 Sachstandsbericht zu den Landesstraßenbauprogrammen 2015

- Bericht über die Maßnahmen des Landesstraßenausbauplans (UA Ii)
- Bericht über die Programme „Um- und Ausbau von Landesstraßen < 3,0 Mio. € Gesamtkosten je Maßnahme (UA Ia)“ und
- „Radwegebau an bestehenden Landesstraßen (UA Ir)“

hier: Berichterstattung

Gegenstand der Beratung war die Vorlage 3/ 57 VA vom 11.08.2016.

Eine ergänzende Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Herr Edelhoff (SPD) dankt den Mitarbeitern des Landesbetriebs Straßenbau für die Teilnahme an der Verkehrsausschusssitzung.

Auf seine Nachfragen antwortet Herr Kolitz (Landesbetrieb Straßenbau), die Unterlagen zu diesem Tagesordnungspunkt würden den Stand Mai des laufenden Jahres aufweisen. Da die Sitzung im II. Quartal nicht stattgefunden habe, konnte die Berichterstattung erst in der heutigen Herbstsitzung erfolgen. Des Weiteren erläutert er, dass Mittel, die nicht verwendet würden, der Landeshaushaltsordnung unterlägen. Sie seien also in dem Haushaltstitel zu verwenden, dem sie zugewiesen wurden. Zwischen den einzelnen Titeln bestünden aber gewisse Deckungsfähigkeiten. So konnten in den vergangenen Jahren – und er gehe davon aus, dass dies auch im Jahr 2016 so sein werde – Überschüsse in die Landesstraßenerhaltung verlagert werden.

Herr Selders (CDU) merkt an, das Land habe die Mittel für den Straßenbau landesweit offenbar von 37 Mio. € in 2015 auf 32 Mio. € im Jahr 2016 reduziert. Es sei nicht der richtige Weg, dass der Bund die Mittel erhöhe, das Land diese dann aber reduziere. Weiterhin spricht er die Maßnahme L 486 N in Kevelaer an und kritisiert den fehlenden Planfeststellungsbeschluss.

Herr Abteilungsleiter Happe erklärt, seines Wissens seien die Mittel nicht gekürzt, sondern aufgrund der Prioritätensetzung verschoben worden. Er sagt zu, die entsprechende Mittelverteilung auf die entsprechenden Titel zum Protokoll nachzureichen. Derzeit werde am Planfeststellungsbeschluss für die L 486 N gearbeitet. Mit dessen Fertigstellung könne für Anfang 2017 gerechnet werden.

Anmerkung der Redaktion:

*Eine Übersicht über alle Titel der Hauptgruppe 777 im Kapitel 09 150 – Ausgaben für Investitionen [in Landesstraßen] – finden Sie in der beigefügten **Anlage 1**. Es handelt sich um einen Auszug aus dem Haushaltsplan 2016. (vgl. <http://www.haushalt.fm.nrw.de/daten/hh2016.ges/daten/pdf/2016/hh09/kap150.pdf>).*

Herr Kolitz (Landesbetrieb Straßenbau) ergänzt, in den investiven Titeln im Landeshaushalt (kleine Um- und Ausbaumaßnahmen von Landesstraßen und Radwegmaßnahmen) seien die Mittel mit 7,0 bzw. 9,4 Mio. € gegenüber dem Vorjahr konstant geblieben. Der von Herrn Selders angesprochene Reduzierung um 5,0 Mio. € stehe die Mittelaufstockung für die allgemeinen Erhaltungsinvestitionen um 15,5 Mio. € gegenüber. In Summe ergebe sich ein Plus von rund 10 Mio. € im gesamten Erhaltungsbereich (jeweils Haushaltsjahr 2015 zu 2016).

Frau Patalla (Bündnis 90/ Die Grünen) möchte wissen, ob neben den bereits bestehenden „Radwegen auf stillgelegten Bahnstrecken“, weitere Bahntrassen als Fahrradstrecken nutzbar wären. Auch bittet sie um weitere Ausführungen zum Projekt „Bürgerradwege“.

Herr Kowitz (Landesbetrieb Straßenbau) erläutert, mit dem Modell „Bürgerradwege“ sollten Möglichkeiten geschaffen werden, kostengünstig - mit Initiative der Kommunen und Bürger - Radwege im Bereich der Straßen auszubauen. Ein entsprechender Anteil aus dem Haushalt werde dafür zur Verfügung gestellt.

Herr Vollstedt (Verwaltung) verweist zum Thema „Radwege auf stillgelegten Bahnstrecken“, auf das Projekt L-Str.Nr. 442 Mülheim/Ruhr, Radweg Bereich Flughafensiedlung (siehe Anlage 4, Seite 3 der Sitzungsvorlage).

Herr Plück (Verwaltung) ergänzt, die Anlage 4 der Sitzungsvorlage mit der landesweiten Maßnahmenlisten 2016 für die „Bürgerradwege“ und „Radwege auf stillgelegten Bahnstrecken“ sei zur Abrundung des Bildes nachrichtlich beigelegt. Koordinierend tätig sei hier die landeseigene Bahnflächenentwicklungsgesellschaft.

Herr Vielhaus (CDU) möchte wissen, wie oft das Instrument „Bürgerradwege“ durch die Kommunen bislang in Anspruch genommen wurde. Herr Kowitz schätzt, seit Beginn des Programms vor über 10 Jahren seien es deutlich über 100 Projekte gewesen.

Eine weitere Wortmeldung erfolgt von Herrn Bechstein (SPD).

Der Verkehrsausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 4 Transparenz in den Prioritätenübersichten der Landesstraßenbauprogramme UAIa und UAIr

Gegenstand der Beratung war die Vorlage 4/ 57 VA vom 11.02.2016.

Eine ergänzende Berichterstattung durch die Verwaltung wird nicht gewünscht.

Herr Jansen (Landesbetrieb Straßenbau) gibt Erläuterungen zur Prioritätensetzung.

Herr Petrauschke (CDU) fragt nach den Möglichkeiten einer schnelleren Bearbeitung von Planfeststellungsverfahren, z. B. im Hinblick auf die Maßnahme B 59N / OU Sinsteden.

Herr Abteilungsleiter Happe erwidert, es sei geplant, den Bereich Planfeststellung personell weiter zu verstärken. Der Planfeststellungsbeschluss für die Maßnahme B 59 / OU Sinsteden sei fertiggestellt.

Herr Jansen (Landesbetrieb Straßenbau) äußert auf Nachfrage von Frau Patalla (Bündnis 90/ Die Grünen), grundsätzlich sei auch eine Darstellung dergestalt möglich, dass in einer ersten Liste die vom Regionalrat festgelegte Reihenfolge der Maßnahmen aufgeführt werde und in einer zweiten Liste dann diejenigen Maßnahmen, die die Voraussetzungen für eine tatsächliche Umsetzung im laufenden Jahr oder Folgejahr hätten.

Herr Bechstein (SPD) hinterfragt die dem Regionalrat vorgeschlagene Prioritätenreihung, die auf den ersten 10 Rängen auch eine Reihe von Maßnahmen enthalte, von denen nicht absehbar sei, ob und wann eine Umsetzung der Projekte stattfinden werde.

Herr Selders (CDU) merkt an, es sei ernüchternd zu sehen, dass nur eine Maßnahme der vorderen Ränge in der Ausführungsplanung sei. Er bittet zukünftig bereits bei der Beschlussfassung entsprechende Hintergrundinformationen zu bekommen.

Herr Brügge (CDU) schließt sich der Kritik seiner Vorredner an. Besonders frustrierend seien die aus seiner Sicht fehlenden Personalkapazitäten sowohl beim Landesbetrieb als auch bei der Bezirksregierung.

Der Vorsitzende, Herr Papen (CDU), fasst noch einmal die Bitte des Verkehrsausschusses zusammen. Er bittet die Transparenz bei den Prioritätenlisten weiter zu vergrößern, damit besser erkennbar sei, welche Maßnahmen realisiert werden könnten

Der Verkehrsausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 5 Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplans (BVWP 2030)
hier: Informationen über den zweiten Entwurf des BVWP 2030

Gegenstand der Beratung war die Vorlage 5/ 57 VA vom 11.02.2016.

Eine ergänzende Berichterstattung wird nicht gewünscht.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Der Verkehrsausschuss nimmt den Sachstand zur Kenntnis.

TOP 6 Information der Verwaltung

Herr Happe (Verwaltung) schlägt vor, den Sachstand zum RRX und zur Betuwe den schriftlichen Ausführungen zum Protokoll zu entnehmen. Der Verkehrsausschuss ist mit diesem Vorgehen einverstanden (*siehe Anlage 2*).

Herr Plück antwortet auf die Anfrage der FDP/FW-Fraktion zum ÖPNV-Bedarfsplan vom 07.09.2016, mit der die Fraktion um Informationen gebeten hatte, ob für alle vom Regionalrat vorgeschlagenen Maßnahmen vom MBWSV eine Maßnahmenbewertung beauftragt worden sei oder ob einzelne Maßnahmen bei der Vorauswahl herausgefallen seien. Unter Bezugnahme auf ein Informationsblatt des MBWSV NRW (*siehe Anlage 3*) wurden demnach insgesamt über 1.000 Anmeldungen für den ÖPNV-Bedarfsplan eingereicht. Alle angemeldeten Maßnahmen seien hinsichtlich ihrer Bedarfsplanrelevanz untersucht und kategorisiert worden. Diese Einstufung wurde mit den Zweckverbänden rückgekoppelt. Die Rückmeldungen würden nun eingearbeitet, so dass im Anschluss eine Liste an Maßnahmen vorliegen würde, die der Gutachter zur weiteren Untersuchung erhalten werde. Das MBWSV bietet an, diese Liste in den Regionalräten bzw. den zugehörigen Verkehrsausschüssen vorzustellen.

Eine weitere Wortmeldung erfolgt von Herrn Schiffer (FDP/FW).

Der Verkehrsausschuss nimmt die mündlichen Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 7 Verschiedenes

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Der Vorsitzende beendet die Sitzung um 10.40 Uhr.

gez. Papen

(Vorsitzender des
Verkehrsausschusses)

gez. Müller

(stellv. Vorsitzender des
Verkehrsausschusses)

gez. Sablofski

(Schriftführerin)

Der Regionalrat Düsseldorf
Anwesenheitsliste –
Verkehrsausschusssitzung am 15.09.2016

Stimmberechtigte Mitglieder, Sachkundige Bürger, Fraktionsgeschäftsführer:

CDU-Fraktion

Name	anwesend
Aach, Michael	
Amfaldern, Nanette	
Brandts, Reiner	√
Brügge, Dirk (GF)	√
Dr. Fils, Alexander	
Gluch, Waldemar	√
Humpert, Karl-Heinz	
Läckes, Manfred	
Mertins, Patric	
Müller, Michael	
Nordmann, Johannes	√
Papen, Hans-Hugo	√
Petrauschke, Hans-Jürgen	√
Post, Norbert	
Schmickler, Günter	√
Schroeren, Michael	
Selders, Hannes	√
Steinmetz, Jürgen	
Vielhaus, Ewald	√
Welter, Thomas	

SPD-Fraktion

Name	anwesend
Bechstein, Klaus	√
Bedronka, Bernd	
Edelhoff, York	√
Hengst, Jürgen	
Hildemann, Michael	√
Hornbostel, Rolf	√
Jessner, Udo	
Reese, Klaus-Jürgen	
Reuter, Klaus	√
Sinowenka, Friederike	√
Thiel, Rainer	
Welp, Axel C.	
Witzke, Hans-Jochem	
Wurm, Günter	

FDP/ FW

Name	anwesend
Gerhard, Frank	√
Dr. Grumbach, Hans-Joachim	√
Gulan, Boris	√
Müller, Ulrich G.	√
Schiffer, Hans Lothar	√
Suika, Jörn	

Bündnis 90/ Die Grünen

Name	anwesend
Arndt, Ingeborg	
Brücher, Bettina	
Krause, Manfred	
Patalla, Sandra	√
Sickelmann, Ute	
Tietz, Uwe	

Die Linke

Name	anwesend
Herhaus, Susanne	√

parteilos

Name	anwesend
Heitzer, Jürgen	

Beratende Mitglieder

Name		anwesend
Dr. Hoffman, Christian	Arbeitgebervertretung	
Steinmetz, Jürgen	Arbeitgebervertretung	√
Zipfel, Josef	Arbeitgebervertretung	
Arens, Guido	Arbeitnehmervertretung	
Kolle, Daniel	Arbeitnehmervertretung	
Wolf, Sigrid	Arbeitnehmervertretung	√
Buck, Antje	Kommunale Gleichstellungsstellen	
Gerkens, Bert	Sportverbände	√
Wenzel, Bert	Naturschutzverbände	
Stieber, Andreas-Paul	Landschaftsverband Rheinland	√
Düsseldorf	OB/Vertr.	
Krefeld	OB/Vertr.	
Mönchengladbach	OB/Vertr.	√
Remscheid	OB/Vertr.	
Solingen	OB/Vertr.	
Wuppertal	OB/Vertr.	
Kleve	Landrat/Vertr.	
Mettmann	Landrat/Vertr.	√
Neuss	Landrat/Vertr.	√
Viersen	Landrat/Vertr.	

Teilnehmer von der Bezirksregierung Düsseldorf:

Herr Abteilungsleiter Happe
Herr Regierungsdirektor Vollstedt
Herr Oberregierungsbaurat Plück
Herr Oberregierungsrat Kießling
Frau Regierungsamtfrau Sablofski

Abteilung 2
Dezernat 25
Dezernat 25
Dezernat 32
Dezernat 32

Anlage 1 zur Niederschrift
der 57. VA-Sitzung am 15.09.2016

Auszug aus dem Landeshaushalt 2016
Hier: Haushaltsplan Einzelplan 09 (MBWSV)

Kapitel 09 150
Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßen NRW)

Kapitel Titel	Funkt.- Kennziffer	Zweckbestimmung	Ansatz	Ansatz	mehr (+) weniger (-)	IST
			2016 EUR	2015 EUR	2016 EUR	2014 TEUR
Ausgaben für Investitionen						
1. Ausgaben und Verpflichtungsermächtigungen der Titel der Hauptgruppe 7 sind gegenseitig deckungsfähig. 2. Die Ausgaben der Titel der Hauptgruppe 7 dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei Titelgruppe 90 überschritten werden. 3. Von den Ausgaben der Titel der Hauptgruppe 7 dürfen Beiträge Dritter und andere Einnahmen abgesetzt werden. 4. Siehe Haushaltsvermerke Nr. 3 zu den Titelgruppen 80 und 81. 5. Siehe Haushaltsvermerk Nr. 1 zu Titel 883 16 im Kapitel 09 140.						
777 11	723	Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen. Verpflichtungsermächtigung: 81 000 000 EUR.	115 500 000	100 000 000	+15 500 000	101 235
777 12	723	Um- und Ausbau von Landesstraßen bis 3 Mio. EUR Gesamtkosten je Maßnahme. Verpflichtungsermächtigung: 8 000 000 EUR.	7 000 000	7 000 000	—	6 200
[...]						
777 13	723	Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplans. Verpflichtungsermächtigung: 45 000 000 EUR.	32 000 000	37 000 000	-5 000 000	37 102
[...]						
777 14	723	Radwegebau an bestehenden Landesstraßen. Verpflichtungsermächtigung: 2 000 000 EUR.	9 400 000	9 400 000	—	7 338
777 15	723	Erhaltung von Landesstraßen im Rahmen von ÖPP-Modellen.	1 600 000	1 600 000	—	3 925
Summe Investitionen in Landesstraßen			165 000 000	155 000 000	+ 10 500 000	155 800

Dezernat 25
25.17.01.01

Herr Busch, Tel. 0211/ 475-3281

DB-Strecken „ABS 46/2 Grenze D/NL - Emmerich – Oberhausen („Betuwe“-Linie“) und „Rhein-Ruhr-Express (RRX)“

Aktuelle Sachstandsmitteilung für den VA des Regionalrats

Seit der letzten Sachstandsmitteilung an den VA mit Datum vom 13.01.2016 stellen sich die Verfahrensstände bei der BR Düsseldorf wie folgt dar:

1. Verfahren Errichtung 3. Gleis „Betuwe“

Hierzu sollen 12 Planfeststellungsverfahren geführt werden. Bei der BR Düsseldorf sind über das Eisenbahnbundesamt mittlerweile **alle zwölf** Anträge zur Durchführung der Anhörungsverfahren eingegangen:

- PFA 3.1 Rees-Haldern

Die Auslegung und das Beteiligungsverfahren sind abgeschlossen. Die Einwendungsfrist endete am 23.02.2012. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übermittelt und dort zur Gegenäußerung bearbeitet.

Diese Gegenäußerung liegt der BR seit dem 14.11.2013 vor und ist Grundlage für weitere durch die BR durchzuführende Abstimmungen sowie für den sich anschließenden Erörterungstermin.

Der Erörterungstermin hat am 11.06.2014 im Bürgerhaus der Stadt Rees stattgefunden. Der Termin konnte in Anwesenheit von ca. 85 Personen, davon 60 private Einwender, an einem Tag durchgeführt werden. Es herrschte dabei eine sachliche Atmosphäre, so dass es gelang, die themenorientierte Tagesordnung umfassend zu erörtern.

Die sich anschließende Beteiligung der Träger Öffentlicher Belange hat ergeben, dass noch Anpassungen vorgenommen werden müssen, deren Bearbeitung andauert.

Wegen der notwendigen Anpassungen ist bei der DB Projektbau ein Deckblattverfahren in Bearbeitung, welches noch 2015 bei der BR vorgelegt werden soll.

Insoweit ist die Fertigung eines Anhörungsberichts derzeit nicht aktuell. Nach Eingang des angekündigten Deckblattes ist zu prüfen, welche Schritte zur Beendigung des Anhörungsverfahrens durchgeführt werden müssen.

Am 12. November 2015 ist das Deckblatt bei der BR Düsseldorf eingegangen. Bevor mit der Fertigung des Anhörungsbericht begonnen werden kann, findet derzeit bezüglich der Änderungen die Abstimmung mit den Trägern der Öffentlichen Belange und einzelner privater Betroffenen statt.

Die Stellungnahmen der ca. 30 privaten Einwender und der betroffenen Träger der Öffentlichen Belange werden derzeit ausgewertet und der DB Netz AG zeitnah zur Stellungnahme übersandt. Im Anschluß an die Auswertung wird der Anhörungsbericht fertig gestellt.

(kein geänderter Sachstand)

[Einwendungen: **260** Stück]

- PFA 1.1 Oberhausen

Die Auslegung und das Beteiligungsverfahren sind abgeschlossen. Die Einwendungsfrist endete am 21.03.2012. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übermittelt und dort bearbeitet. Die daraufhin von der DB erstellte Gegenäußerung liegt der BR seit dem 24.06.2013 vor.

Nach Prüfung der Gegenäußerung auf die Erörterungsreife und deren Überarbeitung wurde am 20.11.2013 in Oberhausen der (erste „Betuwe“-)Erörterungstermin durchgeführt. Von den rd. 30 Einwendern haben 13 am Termin teilgenommen. Von den TöB waren 19 Vertreter anwesend. Der Termin konnte in sachlich-konstruktiver Atmosphäre an einem Tag durchgeführt werden. Hauptdiskussionspunkte waren erwartungsgemäß Grundstücksinanspruchnahmen, Lärmbeeinträchtigungen und BÜ-Beseitigung bzw. –ersatz. Im Nachgang sind von der DB verschiedene Erläuterungen sowie Änderungen/Ergänzungen des Antrags als sogenanntes Deckblatt vorzulegen und zu prüfen. Danach ist der Antrag zur abschließenden Prüfung und Entscheidung an das EBA als Planfeststellungsbehörde zurückzugeben.

Die Ergänzungen sind als Deckblatt am 19.10.2014 bei der BR Düsseldorf eingegangen. Nach inhaltlicher Überprüfung der Unterlagen und nach der Beteiligung der jeweils betroffenen Träger der Öffentlichen Belange wurde der erste Betuwe- Anhörungsbericht fertiggestellt und im April 2015 an das Eisenbahnbundesamt versandt.

Seit dem 01.10.2015 liegt nunmehr der Planfeststellungsbeschluss des EBA vor. Hierin enthalten ist eine Einzelfallentscheidung für eine zusätzliche Schallschutzwand von 250 m Länge im Gleisdreieck „Grafenbusch“. Zum Sicherheitskonzept hat das EBA einen Vorbehalt für die Löschwasserversorgung (96 m³/h bei einem Abstand der Entnahmestellen von ca. 300 m); dies wird von der DB gutachterlich auf Einhaltung untersucht. Ferner hat das EBA die Breite von 1,60m der Zuwegungen und Zugangstüren in Schallschutzwänden für diesen Abschnitt bestätigt.

Die Stadt Oberhausen hat gegen den Planfeststellungsbeschluss des EBA fristgerecht Klage eingereicht. Genaue Inhalte der Klageschrift sind derzeit noch nicht bekannt.

(kein geänderter Sachstand)
[Einwendungen: **30** Stück]

- PFA 3.3 Emmerich-Praest

Die Auslegung und das Beteiligungsverfahren sind ebenfalls abgeschlossen. Die Einwendungsfrist endete am 02.05.2012. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übermittelt und wurden dort zur Gegenäußerung bearbeitet.

Die Gegenäußerung der DB Projektbau liegt der BR Düsseldorf seit dem 15.07.2014 vor.

Am 04.03.2015 hat der Erörterungstermin in der Schützenhalle Kapauenberg in Emmerich stattgefunden. Es haben neben den Vertretern der BR und der Antragstellerin ca. 20 Vertreter von Trägern öffentlicher Belange sowie ca. 80 private Einwender teilgenommen. Der Termin konnte in einer sachlichen und ruhigen Atmosphäre am Ende des ersten Tages abgeschlossen werden. Hauptschwerpunkte waren die Lärmbelästigungen, das Sicherheitskonzept und die Eisenbahnkreuzungen. Die Verhandlung hat ergeben, dass Korrekturen im Rahmen eines Deckblattverfahrens notwendig werden.

Medieninteresse war nicht festzustellen.

Neu: Das Deckblatt zur Änderung der Planunterlagen wurde über das EBA vorgelegt und wird zurzeit geprüft.

[Einwendungen **780** Stück]

- PFA 1.4 Voerde

Die Auslegung und das Beteiligungsverfahren sind ebenfalls abgeschlossen. Die

Einwendungsfrist für private Einwender endete am 05.12.2012. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übermittelt und wurden dort zur Gegenäußerung bearbeitet.

Die Gegenäußerung der DB Projektbau liegt seit dem 22.09.2014 bei der BR Düsseldorf vor.

Am 18.11. und 19.11.2015 hat der Erörterungstermin in der Kathrin-Türks-Halle in Dinslaken stattgefunden. Am ersten Tag waren insgesamt 150 Personen anwesend, hiervon ca. 120 private Einwender und 30 Vertreter öffentlicher Belange. Am zweiten Tag waren noch ca. 50 Privatpersonen und ca. 20 Vertreter öffentlicher Belange anwesend.

Schwerpunktmäßig wurden die Themen Lärm, Lärmschutz, Gestaltung des Bahnhofs Voerde sowie die Schließung des Bahnübergangs Schwanenstraße besprochen.

Der Erörterungstermin hat ergeben, dass sich ein Deckblattverfahren mit dem Ziel der Plananpassung anschließen wird. Die Fertigstellung dieses umfangreichen Deckblattes durch die Vorhabensträgerin DB Netz AG bleibt vorerst abzuwarten.

Neu: Das Deckblatt zur Änderung der Planunterlagen wurde über das EBA vorgelegt und wird derzeit geprüft.

[Einwendungen: **890** Stück, zuzüglich **1.300** via Unterschriftsliste]

- PFA 1.3 Dinslaken

Die Auslegung und das Beteiligungsverfahren sind auch hier abgeschlossen. Die Einwendungsfrist für private Einwender endete am 18.12.2012. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übermittelt und wurden dort zur Gegenäußerung bearbeitet.

Die Gegenäußerung der DB Projektbau liegt seit dem 30.10.2014 bei der BR Düsseldorf vor.

In Abstimmung mit der DB Projektbau wurde festgelegt, dass der Erörterungstermin ab dem 25.11.2015 in der Kathrin-Türks-Halle in Dinslaken durchgeführt wird.

Dieser Erörterungstermin hat am 25. und 26. November 2015 in der Kathrin-Türks-Halle stattgefunden. Inhaltlich wurde in teilweise angespannter Stimmung diskutiert, wobei viele Fragen offen blieben. Auch in diesem PFA wird es im Anschluß des Erörterungstermins ein Deckblattverfahren zur Anpassung der Planunterlagen und zu möglichen Lösungen von Streitpunkten geben, welches abzuwarten bleibt.

(kein geänderter Sachstand)

[Einwendungen: **580** Stück]

- PFA 2.3 Hamminkeln-Mehrhoog

Die Offenlage der Antragsunterlagen in Hamminkeln begann am 11.03.2013 und endete am 10.04.2013. Die sich anschließende zweiwöchige Einwendungsfrist endete am 24.04.2013. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übersandt und wurden dort zur Gegenäußerung bearbeitet.

Die Gegenäußerung der DB Projektbau liegt seit dem 12.12.2014 bei der BR Düsseldorf vor.

Der Erörterungstermin hat ab dem 13.04.2016 im Bürgerhaus Hamminkeln stattgefunden. Am ersten Tag waren ca. 180 private Einwender sowie 20 Vertreter von Trägern Öffentlicher Belange erschienen. Auch an den beiden folgenden Verhandlungstagen kamen jeweils ca. 100 Privateinwender und 10 Vertreter der Träger Öffentlicher Belange. An allen drei Tagen wurde sehr detailliert vor allem über den Lärmschutz und die Erschütterungsproblematik diskutiert. Die von der Stadt Hamminkeln sowie einer Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern geforderte Troglage der Gleise im Bahnhofsbereich Mehrhoog stand dabei streitig im Mittelpunkt. An allen Tagen wurden die angesprochenen Themen sachlich besprochen. Da nicht alle Tagesordnungspunkte abgehandelt werden konnten, wird dieser Erörterungstermin voraussichtlich im Juni 2016 fortgesetzt. Hierzu wird es wieder eine öffentliche Bekanntmachung geben.

Neu: Die Weiterführung des Erörterungstermins wurde am 14. und 15. 06. 2016 wieder im Bürgerhaus Hamminkeln durchgeführt. In sachlicher Atmosphäre konnten die noch offenen Punkte der Tagesordnung behandelt und der Anhörungstermin abgeschlossen werden. Der Erörterungstermin hat ergeben, dass sich ein Deckblattverfahren mit dem Ziel der Plananpassung anschließen wird. Die Fertigstellung dieser Planänderungen durch die Vorhabenträgerin DB Netz AG bleibt vorerst abzuwarten.

[Einwendungen: **919** Stück]

- PFA 3.2 Rees

Der Planfeststellungsantrag wurde als siebtes Verfahren am 14.06.2013 bei der BR eingereicht. Die Offenlage der Antragsunterlagen in Rees begann am 07.10.2013 und endete am 06.11.2013. Die Einwendungsfrist endete am 20.11.2013.

Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB im Rahmen des

Einwendungsmanagements übermittelt und wurden dort zur Gegenäußerung bearbeitet.

Die Gegenäußerung der DB Projektbau ist bei der BR Düsseldorf am 24.06.2015 eingegangen.

Neu: Der Erörterungstermin ist für den Zeitraum vom 24.10. bis 27.10. 2016 im Bürgerhaus in Rees terminiert.

[Einwendungen: **1404** Stück]

- PFA 2.1 Friedrichsfeld

Der Planfeststellungsantrag wurde der BR am 15.08.2013 vorgelegt. Die Offenlage der Antragsunterlagen begann am 22.10.2013 und endete am 21.11.2013. Die Einwendungsfrist endete am 05.12.2013.

Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB im Rahmen des Einwendungsmanagements übermittelt und wurden dort zur Gegenäußerung bearbeitet.

Die Gegenäußerung der DB Projektbau liegt seit dem 19.02.2015 bei der BR Düsseldorf vor.

Der Erörterungstermin hat am 09. und 10.03.2016 in der Schützenhalle Ullrichstrasse in Wesel stattgefunden. Am ersten Tag waren ca. 100 private Einwender und 30 Vertreter der Öffentlichen Belange erschienen. Am 10.03.2016 konnte der Termin vor ca. 30 privaten Einwendern und 10 Vertretern der Öffentlichen Belange beendet werden. Schwerpunkte waren der Lärmschutz, das Sicherheitskonzept sowie die Gestaltung des Bahnhofsbereiches. Hierbei ging es vor allem um die Lärmschutzwände und um den Zugang mit Rampen und Aufzügen. Der gesamte Termin fand in sachlicher und diskussionsfreudiger Atmosphäre statt. Wegen einiger Planänderungen wird auch in diesem Planfeststellungsabschnitt ein sogenanntes Deckblatt erstellt werden, so dass der Fortgang des Verfahrens abzuwarten bleibt.

(kein geänderter Sachstand)

[Einwendungen: **404** Stück]

- PFA 2.2 Wesel

Der Planfeststellungsantrag wurde am 05.09.2013 bei der BR eingereicht. Die Offenlage der Antragsunterlagen in Wesel begann am 04.11.2013 und endete am 03.12.2013. Die Einwendungsfrist war am 17.12.2013 beendet.

40% der privaten Einwendungen sind der DB Projektbau am 14./15.10. 2014 zur

Bearbeitung der Synopse übergeben worden. Die restlichen Unterlagen wurden komplett vom 09.-11.03. 2015 der DB Projektbau zur Bearbeitung der Synopse übergeben.

Die Gegenäußerung der DB Netz AG liegt seit dem 30.03.2016 bei der Bezirksregierung Düsseldorf vor. Wegen der hohen Zahl von privaten Einwendungen wird die Vorbereitung des folgenden Erörterungstermins eine längere Zeit in Anspruch nehmen.

Neu: Der Erörterungstermin ist für den Zeitraum vom 12.12. bis 15.12. 2016 in der Stadthalle Wesel terminiert.

[Einwendungen: **2350** Stück]

- PFA 1.2 Oberhausen-Sterkrade

Der Planfeststellungsantrag wurde der BR Düsseldorf als 10. Verfahren am 12.11.2013 vorgelegt. Die Unterlagen wurden daraufhin auf deren Tauglichkeit für die Offenlage geprüft.

Die Offenlage der Antragsunterlagen in Oberhausen hat am 03.02.2014 begonnen und endete am 02.03.2014. Die Einwendungsfrist lief am 17.03.2014 ab. Die Beteiligung der Träger Öffentlicher Belange ist erfolgt.

Die Abgabe aller Unterlagen an die DB Projektbau zur Erstellung einer Synopse fand am 24.06.2014 statt. Diese liegt seit dem 30.04.2015 vor.

Derzeit werden auch noch bauplanungsrechtliche Differenzen geprüft. Seitens der DB Projektbau wurde deshalb schon zum jetzigen Zeitpunkt ein umfangreiches Deckblattverfahren angekündigt, dessen Bearbeitung insoweit parallel zur weiteren Synopsenbearbeitung stattfindet. Deshalb ruht die inhaltliche Prüfung und Abstimmung mit den Trägern der Öffentlichen Belange derzeit, weil zunächst die Auswirkungen, die durch die Deckblattänderungen entstehen können, abgewartet werden müssen. Nur auf diesem Wege ist garantiert, dass eine vollständige Gegenäußerung zur Vorbereitung des Erörterungstermins erstellt werden kann.

Als Besonderheit wurde die Möglichkeit geprüft, ein Kompensationsgrundstück im Rahmen der Veränderungssperre befristet für die Unterbringung von Flüchtlingen zu nutzen. Zu diesem Thema ist am 06.03 2015 die Vereinbarung über die befristete Nutzung dieses Kompensationsgrundstückes für Flüchtlingsunterbringung, die von der Stadt Oberhausen und der DB Projektbau unterschrieben wurde, bei der BR Düsseldorf eingegangen. Zu dieser befristeten Außerkraftsetzung der geltenden Veränderungssperre wurde die Zustimmung erteilt.

Das angekündigte Deckblatt ist am 12.02.2016 bei der Bezirksregierung Düsseldorf

eingegangen. Nach Prüfung der Unterlagen wird eine Offenlage noch vor den Sommerferien vorbereitet.

Neu: Die Offenlage der Deckblattunterlagen hat im Zeitraum vom 23.05. 2016 bis 23.06. 2016 stattgefunden. Die Frist für die Einwendungen endet am 07.07. 2016.

(Einwendungen: **660** Stück)

-PFA 3.4 Emmerich

Der Planfeststellungsantrag wurde der BR Düsseldorf als 11. Verfahren am 18.02.2014 vorgelegt. Nach der Prüfung der Unterlagen bezüglich der Tauglichkeit zur Offenlage wurde diese vom 14.05.2014 bis zum 13.06.2014 durchgeführt, die Einwendungsfrist für private Einwendungen endete am 27.06.2014.

Die eingegangenen Stellungnahmen und privaten Einwendungen wurden der DB Projektbau im Rahmen des Einwendungsmanagements zur Synopsenbearbeitung im Zeitraum vom 20. – 22. 07. 2015 übergeben.

(kein geänderter Sachstand)

(Einwendungen: **900** Stück)

-PFA 3.5 Emmerich-Elten

Der Planfeststellungsantrag wurde der BR Düsseldorf am 04.06.2014 als letzter Antrag vorgelegt. Nach Vornahme der Unterlagenprüfung wurde die Offenlage kurzfristig vorbereitet und hat in der Zeit vom 27.10.2014 bis zum 26.11.2014 stattgefunden.

Die Frist für private Einwendungen endete am 10.12.2014. Wegen der Grenznähe zu den Niederlanden musste in diesem einen PFA zeitgleich eine Offenlage in den Niederlanden erfolgen.

Die Ende letzten Jahres abgeschlossene Offenlage hat ergeben, dass ca. 900 private Einwendungen geltend gemacht worden sind. Aus den Niederlanden sind weder private Einwendungen noch Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange eingegangen.

Nach eingehender Bearbeitung wurden die eingegangenen Stellungnahmen und privaten Einwendungen wurden der DB Projektbau im Rahmen des Einwendungsmanagements zur Synopsenbearbeitung im September 2015 übergeben.

(kein geänderter Sachstand)

(Einwendungen: **870** Stück)

Ausblick

Im Jahr 2014 konnten verabredungsgemäß von der DB Projektbau alle noch fehlenden PFA´e vorgelegt werden. Das hat dazu geführt, dass von der BR Düsseldorf bis Jahresende 2014 alle zwölf PFA´e offengelegt werden konnten.

In den kommenden Jahren werden auf der Grundlage der neuen Personalsituation die noch nicht erledigten neun Erörterungstermine in Abstimmung mit der DB Projektbau zeitgerecht durchgeführt. Bis Ende des Jahres 2015 sind die ersten zwei Termine festgelegt worden, der PFA 1.4 Voerde ab dem 18.11.2015 sowie der PFA 1.3 Dinslaken ab dem 25.11.2015. Für das erste Quartal 2016 sind die Erörterungstermine für die PFAe 2.3 Hamminkeln-Mehrhoog und 2.1 Friedrichsfeld eingeplant.

Nach Abschluss der jeweiligen Anhörungsverfahren wird das EBA als Planfeststellungsbehörde die endgültigen Beschlüsse fertigen.

Mit den beschriebenen Terminierungen sind alle bei der BR Düsseldorf bis Mai 2015 eingegangenen acht Synopsen in konkreter Bearbeitung, wobei der PFA 1.2 wegen der beschriebenen Deckblattproblematik eine Sonderstellung hat.

Insoweit muss derzeit lediglich der am 24.06.2015 neu eingegangene PFA 3.2 Rees für das weitere Jahr 2016 eingeplant werden, wobei dabei auch das andere Großvorhaben RRX in den Fokus genommen werden muss. Damit sind im Betuwe-Verfahren bezogen auf den Eingang der Synopsen bei der BR Düsseldorf nur noch drei PFAe (2.2 Wesel, 3.4 Emmerich und 3.5 Emmerich-Elten) offen.

Die Vorhabenträgerin DB Netz AG hat den Eingang der umfangreichen Synopse für den PFA 2.2 Wesel für das Ende des 2. Quartals 2016 angekündigt. Als nächster Erörterungstermin wird der PFA 3.2 Rees vorbereitet. Geplant ist derzeit eine Terminierung im Herbst 2016.

Die Synopse für den Planfeststellungsabschnitt 2.2 Wesel ist am 30.03.2016 eingetroffen. Nachdem mittlerweile 7 von 12 Erörterungsterminen stattgefunden bzw. begonnen haben, wird als nächster Erörterungstermin der Planfeststellungsabschnitt 3.2 Rees konkret für Oktober 2016 eingeplant. Als neunter Termin wird dann der umfangreiche Planfeststellungsabschnitt 2.2 Wesel stattfinden.

2. Verfahren Rhein-Ruhr Express (RRX)

In diesem Großprojekt sollen insgesamt 13 Planfeststellungsverfahren geführt werden, davon fallen 8 Verfahren in die Zuständigkeit der BR Düsseldorf. Bei der BR liegen derzeit

die folgenden **drei** Verfahren vor:

- PFA 1.3 Leverkusen-Rheindorf – Langenfeld-Berghausen

Der Antrag wurde ab dem 23.04. bis zum 22.05.2012 in der Stadt Langenfeld ausgelegt. Die Einwendungsfrist endete am 05.06.2012. Die eingegangenen Stellungnahmen und Einwendungen wurden der DB übermittelt und wurden dort zur Gegenäußerung bearbeitet. Die Gegenäußerung wurde der BR von der DB vorgelegt und zwischenzeitlich auf die Geeignetheit zur Durchführung eines Erörterungstermins geprüft.

Der Erörterungstermin hat am 22.01.2014 stattgefunden. Der eintägige Termin mit etwa 80 Teilnehmern ist sachlich verlaufen, in einzelnen Streitpunkten konnte eine Lösung gefunden werden. Der Termin hat aber auch ergeben, dass Planänderungen im Rahmen eines Deckblattverfahrens durchzuführen sind, bevor der Anhörungsbericht des Dezernates 25 zur Versendung an das Eisenbahnbundesamt vorbereitet werden kann.

Im April 2015 ist das Deckblatt bei der Bezirksregierung eingegangen. Wegen der möglichen Betroffenheiten vor allem bei geänderten Lärmschutzbereichen war eine Offenlage der neuen Unterlagen in Langenfeld notwendig, deren Vorbereitung wegen der zeitlichen Dringlichkeit und wegen der Notwendigkeit, bis zu den Sommerferien die Offenlage abgeschlossen zu haben, unmittelbar vorgenommen wurde. Sie hat im Zeitraum vom 11.05. – 10.06.2015 im Rathaus der Stadt Langenfeld stattgefunden, die 14-tägige Einwendungsfrist endete am 24.06.2015.

Ca. 25 neue auf die Deckblattänderungen bezogenen privaten Einwendungen sind fristgerecht erhoben worden. Es ist mit der DB Projektbau verabredet, die jetzt notwendigen Maßnahmen wie z.B. die Synopsenerstellung vorrangig zu bearbeiten. Der Erörterungstermin soll am 16.12.2015 in Langenfeld stattfinden.

Der Erörterungstermin für das Deckblattverfahren hat am 16. Dezember 2015 im Schauplatz der Stadthalle Langenfeld stattgefunden. Wie zu erwarten war die Anwesenheit von privaten Einwendern (7) und auch von Vertretern von Trägern Öffentlicher Belange (4) gering. Der Termin konnte sachlich und thematisch konzentriert am Mittag beendet werden. Es steht nach der Auswertung des Wortprotokolls im 1. Quartal 2016 zu erwarten, dass anschließend ein abschließender Anhörungsbericht seitens der BR Düsseldorf erarbeitet wird. Der einzige größere Dissens ist in der geplanten Trassierung einer Open-Grid-Gasleitung festzustellen, deren Linienführung wegen der vorhandenen räumliche Begrenzung technisch schwierig erscheint.

Nach Auswertung der Deckblattunterlagen vor allem unter dem Gesichtspunkt der Trassenführung der Open-Grid-Gasleitung wird der Anhörungsbericht fertig gestellt.

(kein geänderter Sachstand)
(Einwendungen: **69** im Hauptverfahren, **29** im Deckblattverfahren)

- PFA 4 Mülheim an der Ruhr

Das EBA hat aufgrund der geringfügigen Änderungsmaßnahmen entschieden, für diesen Abschnitt ein Plangenehmigungsverfahren durchzuführen. In diesem Verfahren wurde die BR am 07.05.2013 (Eingang) als TÖB beteiligt und um Stellungnahme gebeten.

Nach Beteiligung der Fachdezernate wurde die Stellungnahme der BR an das EBA gesandt. Am 31.10.2013 hat das EBA die Plangenehmigung erlassen.

(kein geänderter Sachstand)

-PFA 5a Essen

Der Planfeststellungsantrag 5a ist am 12.03.2014 bei der BR Düsseldorf vorgelegt worden. Die Durchsicht und Überprüfung der Unterlagen zur Vorbereitung einer späteren Offenlage wird eingeleitet.

Die Offenlage hat vom 01.09.2014 bis zum 30.09.2014 in Essen stattgefunden, die Frist für die privaten Einwendungen endete am 14.10.2014.

Nach Eingang und Bearbeitung der Synopse wurde der Termin für eine Erörterung für den Dezember 2015 geplant.

Dieser Termin für den PFA 5a Stadtgebiet Essen hat am 02. Dezember 2015 in Essen-Steele stattgefunden. Auch dieser Termin fand schon im Vorfeld in der Öffentlichkeit sowie vor Ort geringe Aufmerksamkeit, das hauptsächliche Thema war der Lärmschutz. Der Ablauf des am Mittag beendeten Termins war sachlich, die Diskussion verlief zielführend. Nach Auswertung des Wortprotokolls im 1. Quartal 2016 wird ohne die Notwendigkeit eines Deckblattverfahrens ein Anhörungsbericht gefertigt.

Die Auswertungen der Deckblattunterlagen und des Wortprotokolls haben ergeben, dass weitere Verfahrensergänzungen nicht notwendig sind. Der Anhörungsbericht wird im Anschluss an den Anhörungsbericht 1.3 Langenfeld gefertigt.

(kein geänderter Sachstand)

(Einwendungen: **15** Stück)

Ausblick:

Anlage 2 zur Niederschrift
der 57. VA-Sitzung am 15.09.2016

Nach dem derzeitigen Sachstand können die PFAen 1.3 Langenfeld und 5a Essen wie abgestimmt bis Jahresende 2015 erörtert werden, so dass zumindest für den PFA 1.3 im Jahr 2016 ein Anhörungsbericht gefertigt werden kann.

Bezüglich der ausstehenden Abschnitte in den PFAen 2 und 3 in den Stadtgebieten Düsseldorf und Duisburg bleibt abzuwarten, welche Eingänge bei der BR Düsseldorf zu verzeichnen sind. Konkret angekündigt ist weiterhin nur der PFA 3.0 (Düsseldorf Wehrhahn/Unterrath), der dann zur Offenlage gebracht werden müsste.

Der aktuell bekannte Sachstand für das schwierige Stadtgebiet Düsseldorf macht weiterhin deutlich, dass die auch im öffentlichen Raum bekannten Problembereiche noch detaillierte Plananpassungen erfordern, so dass weiterhin keine konkrete Zeitplanung der Eingänge von Planfeststellungsabschnitten bei der BR Düsseldorf vorgenommen werden kann.

Neben den bisher bekannten und beschriebenen offenen Fragen bleibt abzuwarten, wie sich für die Planfeststellungsabschnitte 3.1 bis 3.3 Düsseldorf Richtung Duisburg der Verbleib im Bundesverkehrswegeplan 2030 politisch entwickelt.

Das MBWSV hat seit Ende Februar 2014 im Rahmen der umfassenden Öffentlichkeitsarbeit in Abstimmung mit den betroffenen Bezirksregierungen und der DB für die beiden Verfahren zwei Internetseiten gestaltet, die über die aktuellen Sachstände informieren:

- <http://www.rrx.de/index.php?id=60>
- http://www.mbwsv.nrw.de/verkehr/nahverkehr/Bus_Bahn/Planungsstand_Betuwe/index.php

Multimodale Landesverkehrsuntersuchung inkl. ÖPNV-Bedarfsplan

Sachstand ÖPNV-Bedarfsplan des Landes Nordrhein-Westfalen

Insgesamt wurden über 1000 Anmeldungen eingereicht. Alle angemeldeten Maßnahmen sind hinsichtlich ihrer Bedarfsplanrelevanz untersucht worden. Als bedarfsplanrelevant werden diejenigen Maßnahmen angesehen, bei denen es sich um einen streckenbezogenen Aus- oder Neubau der Schieneninfrastruktur handelt.

Maßnahmen, die nicht als bedarfsplanrelevant eingestuft werden, wie barrierefreier Umbau, punktuelle Maßnahmen, Betriebskonzepte etc. können seitens der Zweckverbände unabhängig vom Bedarfsplan in eigener Verantwortung umgesetzt werden. Darüber hinaus wurden vorgeschlagene Haltepunkte in das Projekt „Stationsoffensive“ der Bahn eingebracht. Maßnahmen, für die bereits aktuelle Bewertungen vorliegen, wie z.B. aus der BVWP, werden nicht noch einmal untersucht.

Das Land NRW hat in einem ersten Schritt alle angemeldeten Maßnahmenvorschläge zusammen mit dem Gutachter auf ihre Bedarfsplanrelevanz hin untersucht und kategorisiert. Diese Einstufung ist an die Zweckverbände übermittelt worden, um Unstimmigkeiten in dieser Kategorisierung zu finden und beheben zu können.

Die Frist für die Rückmeldungen ist mittlerweile abgelaufen, teilweise sind zusätzlich erläuternde Gespräche geführt worden.

Die Rückmeldungen werden nun eingearbeitet, so dass im Anschluss eine Liste an Maßnahmen vorliegen wird, die der Gutachter zur weiteren Untersuchung erhält.

Das MBWSV bietet an, diese Liste in den Regionalräten bzw. den zugehörigen Verkehrsausschüssen vorzustellen.

Für die Modellierung in Analyse und Prognose werden die vorliegenden Bevölkerungsvorausrechnungszahlen von IT.NRW verwendet. Die Daten sind zur Aufteilung auf die einzelnen Verkehrszellen an die Kommunen gegeben worden, da nur in den Kommunen die Kenntnisse vorliegen, wie die Bevölkerung feinkräumig verteilt wird. Die Rückläufer aus den Kommunen wurden durch die Gutachter eingearbeitet.